

Das Völkerrecht steht auf der Seite des Iran – warum macht der UN-Sicherheitsrat dann das Opfer verantwortlich?



[Aidan J. Simardone](#)

MAR 26, 2026

Der Iran wird angegriffen. Gerade als diplomatische Fortschritte in Bezug auf das sogenannte Atomprogramm des Iran möglich schienen, starteten die USA und Israel am 28. Februar Luftangriffe, bei denen der oberste Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, getötet und mindestens 165 Schülerinnen massakriert wurden. Während Washington und Tel Aviv weiterhin Krankenhäuser, Schulen und zivile Infrastruktur bombardieren, ist die Zahl der Todesopfer auf über 1.900 gestiegen.

Selbst wenn man die westlichen Vorwürfe gegen den Iran akzeptiert, gibt es keine klare rechtliche Grundlage für die US-israelische Kampagne. Behauptungen wie „Schutz der Iraner“ und „präventive Selbstverteidigung“ sind nach der UN-Charta oder dem Völkergewohnheitsrecht keine anerkannten Gründe für die Anwendung von Gewalt. Dennoch richtete sich die Verurteilung im UN-Sicherheitsrat (UNSC) nicht gegen Washington oder Tel Aviv, sondern gegen Teheran – insbesondere wegen Vergeltungsschlägen über den Persischen Golf hinweg.

Der Iran argumentiert, er habe im Rahmen des Völkerrechts gehandelt. Seine Angriffe konzentrierten sich auf militärische Einrichtungen und Infrastruktur, die in direktem Zusammenhang mit den Kriegshandlungen stehen. Offizielle Vertreter stellen die Kampagne eher als eine Frage des Überlebens denn als Bestrafung dar. Nach Teherans Darstellung liegen die primären Verstöße bei denen, die die Aggression gegen die Islamische Republik initiiert haben.

Der Gebrauch und Missbrauch des Völkerrechts

Das Völkerrecht ist bei weitem nicht perfekt. Seine moderne Struktur nahm im Zuge der imperialen Expansion Gestalt an und spiegelte oft die vorherrschenden Machtverhältnisse wider. Die Durchsetzung bleibt selektiv, während rechtliche Auslegungen häufig von geopolitischen Einflüssen geprägt sind. Doch selbst dieses unvollkommene System setzt Grenzen. Es bietet einen Rahmen, der darauf abzielt, eine Eskalation zu begrenzen und die Zivilbevölkerung vor den schlimmsten Auswüchsen des Krieges zu schützen.

Gemäß der UN-Charta ist die Anwendung von Gewalt nur unter zwei Umständen zulässig: zur Selbstverteidigung nach einem bewaffneten Angriff oder nach ausdrücklicher

Genehmigung durch den Sicherheitsrat. Artikel 51 bekräftigt das angeborene Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs:

„Keine Bestimmung dieser Charta beeinträchtigt das angeborene Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung, falls ein bewaffneter Angriff gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen erfolgt.“

Die Artikel 39 und 42 ermächtigen den Rat, militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu genehmigen:

„Artikel 39 – Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung des Friedens, eine Friedensverletzung oder ein Akt der Aggression vorliegt, und gibt Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen gemäß den Artikeln 41 und 42 zu ergreifen sind, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.“

„Artikel 42 – Sollte der Sicherheitsrat der Ansicht sein, dass die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen unzureichend wären oder sich als unzureichend erwiesen haben, so kann er die Maßnahmen ergreifen, die zur Wahrung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit erforderlich sind, und zwar unter Einsatz von Luft-, See- oder Landstreitkräften. Diese Maßnahmen können Demonstrationen, Blockaden und andere Operationen unter Einsatz von Luft-, See- oder Landstreitkräften der Mitglieder der Vereinten Nationen umfassen.“

Weder Israel noch die USA wurden vor dem Start ihrer Angriffe vom Iran angegriffen. Auch holten sie keine Genehmigung des UN-Sicherheitsrats ein.

Stattdessen wurden alternative rechtliche Begründungen vorgebracht. Eine davon konzentriert sich auf einen Regimewechsel, der durch die Doktrin der „Schutzverantwortung“ (R2P) begründet wird, auf die in Fällen von Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zurückgegriffen wird.

Allerdings hat sich R2P nicht zu verbindlichem Gewohnheitsrecht herauskristallisiert. Kritiker argumentieren, dass ihre Mehrdeutigkeit die Schwelle für Interventionen senkt, indem sie mächtigen Staaten ermöglicht, strategische Ziele als humanitäre Imperative zu verpacken.

Laut Jason Athanasios Doukakis in der Yale Review of International Studies besitzt R2P „aufgrund seiner vagen Definition und seines vagen Anwendungsbereichs, des Fehlens eines vorgeschriebenen Mechanismus zur Übertragung von Befugnissen und eines nicht näher bestimmten Umsetzungsrahmens nicht den Status einer rechtlichen Verpflichtung“.

Die Heranziehung von R2P zur Rechtfertigung eines Angriffs auf den Iran ist umso absurder, wenn man den Völkermord an den Palästinensern in Gaza durch Tel Aviv und Washington sowie die Angriffe auf iranische Zivilisten bedenkt.

Eine zweite Rechtfertigung ist die Doktrin der präventiven Selbstverteidigung – die Behauptung, dass Gewalt angewendet werden darf, um einen unmittelbar bevorstehenden Angriff zu verhindern. Selbst die USA erkannten die Absurdität dieses Arguments während des Irakkriegs und brachten stattdessen verworrenen Argumente vor, wonach die Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat während des Golfkriegs den Einsatz von Gewalt erlaubt habe, um Iraks Massenvernichtungswaffen zu stoppen. Nicht einmal dieses Argument ist heute noch stichhaltig.

Artikel 51 bezieht sich ausdrücklich auf einen bewaffneten Angriff, der bereits stattgefunden hat. Eine Ausweitung der Doktrin auf erwartete Bedrohungen würde eine der zentralen Beschränkungen der Charta hinsichtlich einseitiger Gewaltanwendung schwächen.

Maßvolle und verhältnismäßige Reaktion

Nicht nur der Krieg selbst ist nach dem Völkerrecht illegal, sondern auch seine Durchführung. Nach dem Völkerrecht muss Selbstverteidigung verhältnismäßig (als Reaktion auf einen Angriff) und notwendig (zur Verfolgung von Zielen zur Verhinderung künftiger Angriffe) sein. Andernfalls könnte ein kleiner Grenzkonflikt zu einem Atomkrieg eskalieren.

Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit sind Teil des Völkergewohnheitsrechts, einer Rechtsquelle, die aus der beständigen Praxis der Staaten über einen langen Zeitraum hinweg hervorgeht.

Dies wurde in internationalen Rechtsfällen wie „Nicaragua gegen die Vereinigten Staaten von Amerika“ bestätigt, in dem der Internationale Gerichtshof (IGH) feststellte, dass es eine „spezifische Regel gibt, wonach Selbstverteidigung nur Maßnahmen rechtfertigt, die im Verhältnis zum bewaffneten Angriff stehen und notwendig sind, um darauf zu reagieren – eine im Völkergewohnheitsrecht fest verankerte Regel“.

Am ersten Tag des Krieges ermordeten die USA und Israel den obersten iranischen Führer Ayatollah Ali Khamenei und bombardierten eine Grundschule für Mädchen, wobei mindestens 180 Menschen getötet wurden, darunter 165 kleine Mädchen. Dies dient in keiner Weise einem militärischen Ziel. Tatsächlich haben die Angreifer durch die Ermordung Khameneis und die Tötung unschuldiger Zivilisten Verhandlungen erschwert.

Unterdessen wurden, obwohl der Iran als Vergeltung Tausende von Raketen und Drohnen

abgefeuert hat, offiziell nur 16 Israelis, 13 US-Soldaten und 20 Menschen im gesamten Golfgebiet getötet. Die Hauptziele des Irans waren Militärstützpunkte und Gebäude, in denen US-Soldaten untergebracht waren – legitime Ziele angesichts ihrer Rolle beim Angriff auf die Islamische Republik. Der Iran hat auch Botschaften angegriffen, nicht mit dem Ziel, Diplomaten zu ermorden, sondern um Spionageoperationen zu zerstören.

Am umstrittensten war der Angriff auf eine Entsalzungsanlage in Bahrain, die die Wasserversorgung sicherstellt. Gemäß Artikel 52(1) des Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention „dürfen zivile Objekte nicht Ziel von Angriffen oder Repressalien sein“. Konkret heißt es in Artikel 54: „Es ist verboten, Objekte anzugreifen, zu zerstören, zu entfernen oder unbrauchbar zu machen, die für das Überleben der Zivilbevölkerung unverzichtbar sind.“

Der Iran argumentiert, er habe mit einer Vergeltungsmaßnahme auf die Zerstörung einer Entsalzungsanlage auf der Insel Qeshm reagiert, der einzigen Anlage, die die 150.000 Einwohner mit Wasser versorgt, während Bahrain über mehrere Anlagen verfügt, die die Versorgung aufrechterhalten können.

Im Rahmen des Kriegsrechts werden solche Handlungen manchmal anhand der Doktrin der kriegesischen Vergeltungsmaßnahmen analysiert – einem eng definierten Konzept, das sich auf Maßnahmen bezieht, die normalerweise rechtswidrig wären, aber als letztes Mittel als Reaktion auf einen zuvor begangenen schwerwiegenden Verstoß zulässig werden können.

Gängige Auslegungen betonen, dass Repressalien verhältnismäßig bleiben müssen, ausschließlich darauf abzielen dürfen, die gegnerische Partei zur Rückkehr zu rechtmäßigem Verhalten zu zwingen, und nur dann angewendet werden dürfen, wenn andere Mittel der Wiedergutmachung versagt haben. Teheran stellt den Angriff auf die bahrainische Infrastruktur als ein Zwangssignal dar, das weitere rechtswidrige Angriffe auf unverzichtbare zivile Einrichtungen im Iran abschrecken soll.

Befürworter dieser Position argumentieren, dass begrenzte Vergeltungsmaßnahmen, wenn internationale Institutionen Verstöße nicht verhindern können, als einer der wenigen verfügbaren Durchsetzungsmechanismen dienen können, durch die Staaten, die militärisch überlegenen Gegnern gegenüberstehen, Kosten auferlegen und ein gewisses Maß an rechtlicher Gegenseitigkeit wiederherstellen können.

Lügen im UN-Sicherheitsrat

Diese Interpretation fand im UN-Sicherheitsrat wenig Anklang. Da die USA als ständiges Mitglied ihr Vetorecht ausüben, war es unwahrscheinlich, dass eine Resolution, die amerikanische Handlungen verurteilte, verabschiedet würde. Stattdessen wurde der Iran für die Eskalation des Krieges verantwortlich gemacht.

Die Resolution 2817 bekräftigt die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit von Bahrain, Kuwait, Oman, Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Jordanien und bekräftigt gleichzeitig deren Recht auf Selbstverteidigung – trotz ihrer Rolle als Gastgeber für ausländische Militärstützpunkte, die bei Operationen gegen den Iran genutzt werden.

Es gibt keine Beweise dafür, dass der Iran absichtlich zivile Infrastruktur angegriffen hat (mit Ausnahme der Entsalzungsanlagen in Bahrain, um Angriffe auf iranische Anlagen abzuschrecken). Selbst wenn man das Militärpersonal mit einbezieht, liegt die Gesamtzahl der Todesopfer durch iranische Angriffe unter 50. Unter den wenigen getöteten Zivilisten wurden viele von herabfallenden Trümmern abgefangener Raketen getroffen. Nicht der Iran greift Krankenhäuser, Schulen und unschuldige Zivilisten an. Es sind Israel und die USA.

Teheran und seine Verbündeten verweisen auf die Resolution 3314 (1974) der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA), die Aggression so definiert, dass sie auch Situationen umfasst, in denen ein Staat zulässt, dass sein Hoheitsgebiet von einem anderen Staat genutzt wird, um Angriffe gegen ein Drittland zu starten. Artikel 3(f) identifiziert die Bereitstellung von Luftraum, Stützpunkten oder logistischen Plattformen für militärische Aktionen als Verhalten, das selbst eine Aggression darstellen kann.

Aus dieser Perspektive riskieren Staaten, die solche Operationen ermöglichen, ihren neutralen Status zu verlieren und können Gegenstand verhältnismäßiger Verteidigungsmaßnahmen werden, die darauf abzielen, andauernde Angriffe zu stoppen.

Die Resolution 3314 hat nachfolgende rechtliche Entwicklungen geprägt, darunter die Rechtsprechung des IGH und die Kampala-Änderungen zum Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), die die Möglichkeit einer individuellen strafrechtlichen Haftung für Führungskräfte erweitert haben, die an der Planung, Ermöglichung oder Unterstützung von Aggressionshandlungen beteiligt sind.

Die jüngste Resolution verurteilt zudem die selektive Sperrung der Straße von Hormus durch den Iran. Teheran entgegnet, dass Blockaden in Kriegszeiten nach dem Gewohnheitsseerecht anerkannt sind, sofern sie erklärt und wirksam durchgesetzt werden. Es weist ferner darauf hin, dass die Meerenge teilweise in iranischen und omanischen Hoheitsgewässern liegt.

Möglicherweise bezog sich die Resolution tatsächlich auf das Recht auf friedliche Durchfahrt, das nichtmilitärischen Schiffen die Durchfahrt durch Hoheitsgewässer gestattet. Dieses Recht ist Teil des Völkergewohnheitsrechts, ist jedoch in Artikel 17 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS) kodifiziert.

Das San-Remo-Handbuch zum Völkerrecht bei bewaffneten Konflikten auf See liefert jedoch weitere Einzelheiten zum bestehenden Völkergewohnheitsrecht. Die Artikel 93 bis

108 erlauben Blockaden, sofern sie erklärt (Artikel 93) und wirksam (Artikel 95) sind. Solange dies beachtet wird, besagt Artikel 98:

„Handelsschiffe, bei denen aus triftigen Gründen anzunehmen ist, dass sie eine Blockade durchbrechen, dürfen gekapert werden. Handelsschiffe, die sich nach vorheriger Warnung eindeutig der Kaperung widersetzen, dürfen angegriffen werden.“

Die Sperrung der Straße von Hormus sollte nicht nur als Druckmittel des Iran auf die Weltwirtschaft betrachtet werden, sondern als Blockade für Güter, die in die Golfstaaten gelangen. Der Iran hat seine Blockade angekündigt, und sie erweist sich als wirksam bei der Schwächung der Golfstaaten. Im Gegensatz zur Resolution steht diese Maßnahme im Einklang mit dem Völkerrecht.

China und Russland enthielten sich letztendlich der Stimme und kritisierten die Resolution als unausgewogen, während sie gleichzeitig versuchten, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu ihren Partnern in der Golfregion aufrechtzuerhalten.

Vor der Verabschiedung verurteilten Peking und Moskau die Resolution als unausgewogen und bemängelten, dass sie die eigentliche Ursache des Konflikts nicht benenne.

Ein weiteres Versagen

Der UN-Sicherheitsrat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel gegründet, Konflikte zu verhindern. Seine jüngste Resolution hat diese jedoch gefördert, indem sie es versäumte, die Aggressoren zu verurteilen: Amerika, Israel und die Länder, die feindliche Militärstützpunkte beherbergen.

Der iranische Außenminister Abbas Araghchi argumentierte in ähnlicher Weise, dass das Völkerrecht selektiv angewendet werde, und verwies auf die Reaktionen des Westens auf Gaza und die Straße von Hormus als Beweis für das, was Teheran als Doppelmoral bei der Durchsetzung ansieht.

Selbst eine vage Erklärung zur Verurteilung des Krieges – die Russland entworfen hatte, die aber nicht verabschiedet wurde – wäre besser gewesen. Stattdessen verschlimmerte der UN-Sicherheitsrat die Lage, indem er die Rolle der Golfstaaten bei den Bombenangriffen auf den Iran verschleierte und Teheran für seine Selbstverteidigung verurteilte.

Der Iran beharrt darauf, dass er versucht habe, zivile Opfer zu begrenzen und sich auf Ziele zu konzentrieren, die in direktem Zusammenhang mit den Kriegshandlungen stehen. Wenn das Völkerrecht selektiv angewendet wird – indem Aggressoren geschützt und

diejenigen verurteilt werden, die behaupten, sich zu verteidigen –, droht seine Autorität zu erodieren.

Für Staaten, die mit existenziellen Bedrohungen konfrontiert sind, könnte die Einhaltung des Kriegsrechts aufhören, eine strategische Entscheidung zu sein, und stattdessen einer gefährlichen Illusion gleichen.

Umfrage (...)

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten spiegeln nicht unbedingt die von The Cradle wider.

+++

International law is on Iran's side – so why is the UNSC blaming the victim?

Iran is under attack. Just as diplomatic progress appeared possible on Iran's so-called nuclear program, the US and Israel launched airstrikes on 28 February, killing Iranian supreme leader Ayatollah Ali Khamenei and massacring at least 165 schoolgirls. As Washington and Tel Aviv continue bombing hospitals, schools, and civilian infrastructure, the death toll has climbed beyond 1,900.

Even accepting western allegations against Iran, there is no clear legal basis for the US-Israeli campaign. Claims of "protecting Iranians" and "pre-emptive self-defense" are not recognized grounds for the use of force under the UN Charter or customary international law. Yet at the UN Security Council (UNSC), condemnation was directed not at Washington or Tel Aviv, but at Tehran – particularly for retaliatory strikes across the Persian Gulf.

Iran argues it has acted within international law. Its strikes have focused on military installations and infrastructure tied directly to the war effort. Officials frame the campaign as one of survival rather than punishment. In Tehran's telling, the primary violations lie with those who initiated the aggression against the Islamic Republic.

The use and abuse of International law

International law is far from perfect. Its modern architecture took shape alongside imperial expansion and has often reflected prevailing power hierarchies. Enforcement remains selective, while legal interpretations are frequently shaped by geopolitical influence. Yet even this imperfect system imposes constraints. It provides a framework intended to limit escalation and shield civilian populations from the worst excesses of war.

Under the UN Charter, force is permitted in only two circumstances: self-defense following an armed attack, or explicit authorization by the Security Council. Article 51 affirms the inherent right of individual or collective self-defense if an armed attack occurs:

“Nothing in the present Charter shall impair the inherent right of individual or collective self-defense if an armed attack occurs against a Member of the United Nations.”

Articles 39 and 42 empower the Council to authorize military action to restore international peace and security:

“Article 39 – The Security Council shall determine the existence of any threat to the peace, breach of the peace, or act of aggression and shall make recommendations, or decide what measures shall be taken in accordance with Articles 41 and 42, to maintain or restore international peace and security.”

“Article 42 – Should the Security Council consider that measures provided for in Article 41 would be inadequate or have proved to be inadequate, it may take such action by air, sea, or land forces as may be necessary to maintain or restore international peace and security. Such action may include demonstrations, blockade, and other operations by air, sea, or land forces of Members of the United Nations.”

Neither Israel nor the US was attacked by Iran prior to launching their strikes. Nor did they obtain UNSC authorization.

Instead, alternative legal narratives had been advanced. One centers on regime change framed through the doctrine of the “responsibility to protect” (R2P), invoked in cases involving genocide, war crimes, ethnic cleansing, and crimes against humanity.

However, R2P has not crystallized into binding customary law. Critics argue its ambiguity risks lowering the threshold for intervention by allowing powerful states to repackage strategic objectives as humanitarian imperatives.

As per Jason Athanasios Doukakis for the Yale Review of International Studies, R2P “Does not possess the status of a legal obligation due to its vague definition and scope, lack of a prescribed mechanism through which to delegate authority, and unspecified framework of implementation.”

Using the R2P to justify attacking Iran is even more absurd, given Tel Aviv and Washington’s genocide of Palestinians in Gaza and attacks against Iranian civilians.

A second justification is the doctrine of pre-emptive self-defense – the claim that force may be used to prevent an imminent attack. Even the US realized the absurdity of this argument during the Iraq War, instead making convoluted arguments that UNSC authorization during the Gulf War allowed the use of force to stop Iraq’s weapons of mass destruction. Not even that argument is available today.

Article 51 refers explicitly to an armed attack that has already occurred. Expanding the doctrine to include anticipated threats would weaken one of the Charter’s central restraints on unilateral force.

Measured and proportionate response

Not only is the war itself illegal under international law, but so is its conduct. Under international law, self-defense must be proportionate (in response to an attack) and necessary (furthering objectives to prevent future attacks). Otherwise, a small border skirmish could become nuclear.

Proportionality and necessity are part of customary international law, a legal source that comes from the consistent practice of states over a long period of time.

It has been affirmed in international legal cases such as 'Nicaragua v. United States of America,' where the International Court of Justice (ICJ) stated there was a "specific rule whereby self-defense would warrant only measures which are proportional to the armed attack and necessary to respond to it, a rule well established in customary international law."

On the first day of the war, the US and Israel assassinated Iranian supreme leader Ayatollah Ali Khamenei and bombed a girls' elementary school, killing at least 180, of whom 165 were little girls. In no way does this achieve any military objective. In fact, by assassinating Khamenei and killing innocent civilians, the aggressors made negotiation more difficult.

Meanwhile, despite Iran launching thousands of missiles and drones in retaliation, officially, only 16 Israelis, 13 US soldiers, and 20 people across the Gulf have been killed. Iran's main targets have been military bases and buildings hosting US soldiers – legitimate targets given their role in attacking the Islamic Republic. Iran has also struck embassies, not with the goal of assassinating diplomats, but to destroy spying operations.

Most controversial has been the attack against a desalination plant in Bahrain, which provides water. As per Article 52(1) of the Additional Protocol of the Geneva Convention, "Civilian objects shall not be the object of attack or of reprisals." Specifically, Article 54 states, "It is prohibited to attack, destroy, remove or render useless objects indispensable to the survival of the civilian population."

Iran argues it was responding with tit-for-tat to the destruction of a desalination plant on Qeshm Island, the only one providing water to the 150,000 residents, while Bahrain possesses multiple facilities capable of maintaining supply.

Within the law of armed conflict, such actions are sometimes analyzed through the doctrine of belligerent reprisals – a narrowly defined concept referring to measures that would normally be unlawful but may become permissible as a last-resort response to a serious prior violation.

Customary interpretations stress that reprisals must remain proportionate, must aim solely at compelling the opposing party to return to lawful conduct, and must be employed only after other avenues of redress have failed. Tehran frames the strike on Bahraini infrastructure as a coercive signal intended to deter further unlawful attacks on indispensable civilian facilities inside Iran.

Supporters of this position argue that when international institutions fail to prevent violations, limited reprisals may function as one of the few available enforcement mechanisms through which states facing militarily superior adversaries can impose costs and restore a degree of legal reciprocity.

Lies at the UNSC

This interpretation has found little traction at the UNSC. With the US wielding veto power as a permanent member, any resolution condemning American actions was unlikely to pass. Instead, Iran was blamed for escalating the war.

Resolution 2817 affirms the territorial integrity and political independence of Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi Arabia, the UAE, and Jordan, while reiterating their right to self-defense – despite their role in hosting foreign military bases used in operations against Iran.

There is no evidence Iran has deliberately targeted any civilian infrastructure (with the exception of Bahrain's desalination plants to deter attacks against Iran's plants). Even including military personnel, the total death toll from Iran's attacks is under 50. Among the few civilians who were killed, many were struck by falling debris from intercepted missiles. It is not Iran that strikes hospitals, schools, and innocent civilians. It is Israel and the US.

Tehran and its allies point to UN General Assembly (UNGA) Resolution 3314 (1974), which defines aggression to include situations in which a state allows its territory to be used by another state to launch attacks against a third country. Article 3(f) identifies the provision of airspace, bases, or logistical platforms for military action as conduct that may itself constitute aggression.

From this perspective, states that facilitate such operations risk losing neutral status and may become subject to proportionate defensive measures aimed at halting ongoing attacks.

Resolution 3314 has informed subsequent legal developments, including jurisprudence at the ICJ and the Kampala Amendments to the Rome Statute of the International Criminal Court (ICC), which expanded the possibility of individual criminal liability for leaders involved in planning, facilitating, or supporting acts of aggression.

The recent resolution also condemns Iran's selective closure of the Strait of Hormuz. Tehran counters that wartime blockades are recognized under customary maritime law if declared and effectively enforced. It further notes that the strait lies partly within Iranian and Omani territorial waters.

Perhaps what the Resolution was actually alluding to was the right of innocent passage, which allows for non-military ships to pass through territorial waters. This right is part of customary international law, but is codified in Article 17 of the United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS).

However, the San Remo Manual on International Law Applicable to Armed Conflicts at Sea provides further details on existing customary international law. Articles 93 to 108 permit blockades as they are declared (Article 93) and effective (Article 95). As long as this is followed, Article 98 states that:

“Merchant vessels believed on reasonable grounds to be breaching a blockade may be captured. Merchant vessels which, after prior warning, clearly resist capture may be attacked.”

The closing of the Strait of Hormuz should be viewed not just as Iran applying pressure on the global economy, but as a blockade for goods coming to the Gulf states.

Iran announced its blockade, and it is proving effective in weakening Gulf countries. Contrary to the Resolution, this action is compliant with international law.

China and Russia ultimately abstained, criticizing the resolution as unbalanced while seeking to preserve diplomatic and economic ties with Gulf partners.

Before it passed, Beijing and Moscow condemned the Resolution for being unbalanced and failing to call out the root cause of the conflict.

Another failure

The UNSC was formed after World War II with the goal of preventing conflict. Its recent Resolution has encouraged it, in failing to denounce the aggressors: America, Israel, and the countries hosting hostile military bases.

Iranian Foreign Minister Abbas Araghchi has similarly argued that international law is being applied selectively, pointing to western responses to Gaza and the Strait of Hormuz as evidence of what Tehran views as double standards in enforcement.

Even a vague statement condemning war – which Russia drafted but failed to pass – would have been better. Instead, the UNSC made matters worse by occluding the Gulf states' role in bombing Iran and condemning Tehran for defending itself.

Iran maintains it has sought to limit civilian casualties and focus on targets directly linked to the war effort. If international law is applied selectively – shielding aggressors while condemning those who claim to defend themselves – its authority risks erosion.

For states facing existential threats, compliance with the laws of war may cease to appear a strategic choice and instead resemble a dangerous illusion.

Poll

What will selective enforcement of international law lead to?

More regional escalation

Collapse of legal norms in wartime

Stronger deterrence by resistance states

22 votes, 5 days and 18 hours left

The views expressed in this article do not necessarily reflect those of The Cradle.